



Ulrich Tilgner

Ulrich Tilgner, geboren 1948 in Bremen, studierte Kulturwissenschaften, Politische Wissenschaften und Wirtschaftsgeschichte in Freiburg im Breisgau und Tübingen. 1976 wurde er Mitarbeiter des SDR. 1979 wechselte er zur Nachrichtenagentur dpa und berichtete ab 1980 als Korrespondent für dpa, Deutsche Welle TV, ARD, ZDF, das Schweizer Fernsehen sowie mehrerer Zeitungen aus dem Nahen und Mittleren Osten. Für seine Berichterstattung aus Bagdad erhielt er 2003 den Hanns-Joachim-Friedrichs-Preis für Fernsehjournalismus. Seit 2008 berichtet er für das Schweizer Fernsehen.

Zu seinen wichtigsten Buchveröffentlichungen zählen: „Umbruch im Iran. Augenzeugenberichte. Analysen. Dokumente“ (Reinbek 1983), „Der inszenierte Krieg. Täuschung und Wahrheit beim Sturz Saddam Husseins“ (Reinbek 2003), „Zwischen Krieg und Terror. Der Zusammenprall von Islam und Politik im Mittleren Osten“ (Bielefeld 2006) und „Die Logik der Waffen. Westliche Politik im Orient“ (Zürich 2012).

Kontakt

Ulrich Tilgner
Büro Hamburg:
Postfach 630 130
22311 Hamburg
Deutschland

Der Westen wird sich aus der arabischen Welt zurückziehen

Adelbert Reif im Gespräch mit Ulrich Tilgner

Die arabische Welt befindet sich im Umsturz und noch ist nicht abzusehen, was weiter geschehen wird. Nach dem Arabischen Frühling hoffte man auf einen Aufbruch in eine demokratische Entwicklung. Der Bürgerkrieg in Syrien, die Unruhen in Ägypten und zahlreiche weitere ungelöste Konfliktfelder in der Region machten diese Hoffnung zunichte. Fehlgeschlagen ist aber auch die westliche Politik. Ulrich Tilgner, der seit über drei Jahrzehnten aus dem Nahen und Mittleren Osten berichtet, zeichnet in seinem letzten Buch „Die Logik der Waffen. Westliche Politik im Orient“ (Orell Füssli Verlag, Zürich 2012) die Spur des Scheiterns westlicher Interventionen und Sanktionen nach. Seinen Blick richtet er vor allem auf die Menschen vor Ort, deren Lage sich durch die Aktivitäten des Westens kaum geändert hat. Auch unter Präsident Barack Obama sieht Tilgner kein Ende westlicher militärischer Gewalt. Gewandelt haben sich lediglich die Formen des Krieges. Tilgner ist überzeugt, dass die Amtszeit von Präsident Obama als eine Periode der Modernisierung der Militärpolitik und der Kriegsführung in die US-Geschichte eingehen werde. Mit großer Besorgnis schildert er die neuen Formen des Drohnen- und Cyberkrieges, mit denen die USA die Genfer Konvention und das Völkerrecht unterminieren.

conturen: Herr Tilgner, eigentlich dürfte Ihr Buch „Die Logik der Waffen“ diesen Titel gar nicht tragen. Denn das Verhalten westlicher Politik, die vorgeblich das Ziel verfolgt, die Länder des Nahen und Mittleren Ostens in einen Zustand der Stabilität und des Friedens zu versetzen, zugleich aber massenhaft Rüstungsgüter in diese Länder exportiert, entbehrt jeglicher Logik. Sie schreiben von einer seit Jahren systematisch betriebenen Aufrüstung etwa der Golfregion, die „in der Weltgeschichte in diesen Größenordnungen noch nicht da gewesen ist“. Können Waffen zur Stabilisierung beitragen?

Können Waffen stabilisieren?

Ulrich Tilgner: Es ist ein Kernproblem der Politik zu glauben, mit der Anhäufung und dem Einsatz von Waffen Probleme lösen zu

**Autoritäres
Saudi-Arabien,
Katar, Kuwait**

können. Je mehr diese Regime wie Saudi-Arabien und die autoritären Systeme auf der arabischen Seite des Golfes aufgerüstet werden, desto sicherer fühlen sich die Herrschenden dort. Zum Beispiel ist in Katar für pensionierte Offiziere die Pension verdoppelt worden. In Kuwait reicht das Geld nicht mehr aus, weil man Staatsangestellte überversorgt. Das Gleiche gilt für Saudi-Arabien. Das Land steht vor einer ernsten Finanzkrise. Es herrscht eine große Armut, weil die Ressourcen zur Systemerhaltung genutzt werden. Diese Vorstellung, mit Waffengewalt Regime zu halten oder zu stürzen, ist auf dem Boden der Kriege der vergangenen Jahre gewachsen. Das Gemeinsame der Regierung Hamid Karzai und der neuen Regierung in Bagdad ist, dass sie, ungeachtet aller Unterschiede, das Ergebnis westlicher militärischer Intervention sind. Und das setzt sich fort im Bürgerkrieg in Syrien, der eine unglaubliche Brutalität entwickelt.

**Karzai, Bagdad,
Syrien**

conturen: Neben Syrien bestimmt Ägypten zurzeit das Krisengeschehen im Nahen und Mittleren Osten. „Kräfte, die ihr Selbstverständnis in einer Rückorientierung auf die Zeit des Propheten Mohammads finden, machen Modernisten die Führung streitig, die erklären, für eine offene Gesellschaft einzutreten“, schreiben Sie. Welche Kräfte werden sich über kurz oder lang in Ägypten durchsetzen?

Ulrich Tilgner: Ägypten steht vor einer Weichenstellung. Präsident Mursi verspricht allen Seiten eine gute Zukunft. Aber wenn er keine große Koalition schafft, fürchte ich, dass er dem Druck seiner radikalen Bündnispartner nachgeben muss. Das zeigte sich bei der Abstimmung über die Verfassung. Da zog sich Mursi immer wieder auf die Mehrheiten, die er in der Bevölkerung hat, zurück, ging aber dann das Bündnis mit den Radikalen ein, die ihn immer stärker erpressen. Ich sehe die Salafisten als radikale Bewegung, die die Moslembrüder in eine politische Sackgasse führen. Jetzt versucht Mursi, die Straße zu beruhigen und die liberalen und linken Nationalisten und wer sonst gegen ihn ist, irgendwie einzubinden. Langfristig kommt er damit nicht durch. Er muss die Öffnung in das nichtreligiöse Spektrum wagen. Die Mitglieder dieses politischen, nichtreligiösen Spektrums sind meist gläubig. Religion betrachten sie aber als Privatsache, die in der staatlichen Politik keinen Einfluss entwickeln soll. Mursi und die Moslembrüder scheuen sich, diesen Schritt zu gehen. Aber ohne diesen Schritt wird es eine weitere Radikalisierung und damit auch eine weitere Aufsplitterung in Ägypten geben.

**Mursi und die
Radikalen**

conturen: Muss man befürchten, dass Ägypten mittel- oder sogar längerfristig in einen Zustand der Anarchie verfällt, dass also die jetzigen Unruhen anhalten oder sogar noch eine Steigerung erfahren?

Ulrich Tilgner: Das glaube ich nicht. Ägypten ist ein uralter Staat mit einer zentralen Gewalt. Die ägyptische Bevölkerung ist sehr obrigkeitsorientiert. Daher werden die islamischen Kräfte, wenn sie die Regierung stellen, auch durchsetzen, dass die Bevölkerung sie langfristig akzeptiert. Armee, Polizei, die gesamten Sicherheitsinstitutionen können auf eine neue Linie eingeschworen werden. Die Menschen in diesem Land wissen, dass sie ohne eine Regierung nicht weiterkommen. Von daher besteht die Gefahr eines Bürgerkrieges in Ägypten nicht.

Ich sehe die Gefahr der Lagerbildung in der Politik, die langfristig katastrophale Konsequenzen haben wird. Weder kann eine vernünftige Politik erreicht werden, was den sozialen und wirtschaftlichen Bereich betrifft, noch werden sich wichtige Gruppen der Bevölkerung bereit zeigen, Regierungsprogramme zu unterstützen. Vermögende werden nicht investieren und hochgebildete Intellektuelle werden das Land verlassen, um anderswo in arabischen Staaten oder im westlichen Ausland zu arbeiten. Dadurch wird es zu einem gesellschaftlichen Erosionsprozess kommen.

Ägypten hinkt der Entwicklung nach. Der Sturz von Mubarak kam viel zu spät. 15 Jahre früher hätte eine neue Regierung in Kairo ein leichteres Spiel gehabt, die Weichen für eine andere Entwicklung zu stellen. Mittlerweile ist die Entwicklung der Weltwirtschaft davongezogen. Und wenn dieser zeitliche Rückstand nicht wettgemacht wird, sondern sich durch die innere Zersplitterung noch weiter vergrößert, werden die sozialen und wirtschaftlichen Probleme in Ägypten nicht gelöst werden können. Die soziale Katastrophe ist damit vorprogrammiert.

conturen: Worin unterscheiden sich die Ursachen oder Motive der Konflikte in Ägypten und Syrien voneinander?

Ulrich Tilgner: In Ägypten erfolgte der Machtwechsel durch einen breiten Protest der jungen Generation. Gruppen unterschiedlicher Ideologien und Religionen waren daran beteiligt. Christen, Moslems, Nationalisten, Linke schlossen sich zu diesem Bündnis der Straße gegen die Regierung zusammen. Dieser Ansatz scheiterte in Syrien bereits zu Beginn, weil Saudi-Arabien die bewaff-

**Ägyptens
Gesellschaft
erodiert**

**Ägypten hinkt
nach**

Syriens Selbstzerfleischung

neten Gruppen sofort mit Waffen unterstützte. Deserteure bekamen nicht nur Waffen, sondern auch Geld, um einen Anreiz zur Desertion zu schaffen. Die Opposition der Intellektuellen, der Akademiker und der bürgerlichen Gruppen in Damaskus und Aleppo wurde in den Hintergrund gedrängt. Zudem versuchte Assad, diese Gruppen einzubinden. Das heißt, der friedliche Protest, der klassische Arabische Frühling wurde in Syrien abgewürgt und sehr schnell durch einen bewaffneten Kampf ersetzt. Dieser mündete in einen Bürgerkrieg, der zu einer unglaublichen Selbstzerfleischung der syrischen Gesellschaft führen wird.

conturen: Wie könnte die Zukunft Syriens nach einem unausweichlichen Ende des Assad-Regimes aussehen?

Ulrich Tilgner: Das lässt sich nicht vorhersagen, weil nicht einmal klar ist, ob das Assad-Regime fällt. Es könnte sein und das ist die Prognose von Lakhdar Brahimi, dem UN-Vermittler aus Algerien, dass das Land in verschiedene Herrschaftsgebiete zerfällt, in sunnitische Gebiete, kurdische Gebiete, Christenregionen. In Damaskus könnte es ein Machtzentrum von Assad geben, das er mit bestimmten Getreuen noch halten kann und im Süden an der jordanischen Grenze wäre wieder eine Sunnitenregion. Militärische Gruppen, die es heute schon in Syrien gibt, übernehmen die Kontrolle über diese Gebiete und reiben sich in Clankämpfen aneinander. Der Bürgerkrieg schwächt sich in der Folge weiter ab und die jeweiligen Warlords, also die Herrscher dieser Gruppen, bauen ihre Strukturen aus. Unterstützt werden sie aus dem Ausland, von der Türkei, von Saudi-Arabien, vom Iran, von Russland, von wo auch immer. Darum ist Brahimi überzeugt, dass jetzt gehandelt werden müsse. Denn wenn kein Kompromiss erzielt werde, drohe die Fragmentierung Syriens. Mir erscheint diese Theorie plausibel. Von Brahimi kommt auch die Schätzung, dass es im Jahre 2013 hunderttausend Tote in Syrien geben werde, wenn es nicht gelinge, den Bürgerkrieg schnell zu beenden.

conturen: Und welche Auswirkungen hätte das für Europa oder für den Westen überhaupt?

Ulrich Tilgner: Keine großen. Die innerarabischen Auswirkungen sind viel bedeutsamer. Es ist zu beobachten, dass sich der Westen vorsichtig zurückzieht. Er kann in dieser Region militärisch und politisch nicht konstruktiv arbeiten. Weder die westliche Politik noch der westliche Militäreinsatz erzielten Erfolge. Arabische Akteure übernehmen die Kontrolle der Region. Vor allem Saudi-Ara-

Lakhdar Brahimi: Syrien zerfällt

Warlords herrschen

Der Westen zieht sich zurück

bien mit seinen immensen Öleinnahmen finanziert solche Gruppen. Die saudische Königsfamilie hat großes Interesse daran, den Arabischen Frühling zu beenden. Mit Moslembrüdern oder Salafisten, egal ob man sie mag oder nicht, fühlt man sich seitens des saudischen Königshauses immer noch besser beraten als mit demokratischen Kräften, die in Tunesien und Ägypten die Regierungen gestürzt haben. Nach dem Sturz von Mubarak gab es auch eine Phase, in der die diplomatischen Beziehungen zwischen Ägypten und Saudi-Arabien unterbrochen waren. Daran konnte man erkennen, dass Saudi-Arabien diesen Sturz nicht gern sah. Der saudische König beschwerte sich denn vor zwei Jahren auch bei Obama, die USA müssten Mubarak halten. Jetzt hat Saudi-Arabien die Möglichkeit, mit seinem Geld und seinem Einfluss, der religiös vorgetragen wird, in der Region gefällige politische Strukturen zu schaffen.

conturen: Schiiten, Sunniten, Christen – rechnen Sie für die nächste Zukunft mit einer Verschärfung der konfessionellen Spannungen und Auseinandersetzungen in der arabischen Welt?

Ulrich Tilgner: Was die Christen angeht, mit Sicherheit. Der Christen-Exodus hat eine dramatische Höhe erreicht. Die Christen im Irak haben sich seit dem Sturz Saddam Husseins auf etwa ein Drittel reduziert. In Syrien zeichnet sich eine ähnliche Entwicklung ab. Der Exodus in Jordanien ist in vollem Gange. Im Iran ist es ähnlich. Die Christen wandern aus der Region ab. Sie sind es, die den Preis für die Instabilität bezahlen, weil man ihnen vorwirft, die Fünfte Kolonne des Westens zu sein. Dieser Vorwurf verfängt bei der Mehrheit der gläubigen Moslems immer ein bisschen. Es besteht dann doch ein Misstrauen und auf der Basis dieses Misstrauens funktioniert der Exodus, wenn nicht gleich ganze Gruppen vertrieben werden.

Der sunnitisch-schiitische Konflikt wird durch das saudische Königshaus abgedämpft. Der Iran, der 1979 den Impetus hatte, seine Revolution zu exportieren, erkannte schnell, dass das nicht geht. Saudi-Arabien wird, so merkwürdig das heute vielleicht klingt, eine Koexistenz mit dem Iran suchen, um den Druck auf sein System abzuschwächen und dem Iran Unterstützung zukommen zu lassen. Die aggressive gegenseitige Rhetorik zwischen Teheran und Riad hat bereits jetzt deutlich abgenommen. Das ist eine neue Entwicklung, die zeigt, dass die Kontroverse zwischen Schiiten und Sunniten zurückgehen wird. Sie spitzt sich im Irak noch ein-

Die Saudis sagen: Besser Salafisten als Demokraten

Dramatischer Christen-Exodus aus dem Orient

Konflikte Sunniten – Schiiten, Teheran – Riad

mal zu. Generell aber hat sie ihren Höhepunkt überschritten, weil Saudi-Arabien kein Interesse hat, den Kampf gegen die Schiiten zu führen. Es weiß, dass der Iran sonst zu Gegenmaßnahmen greifen würde.

conturen: Wird Ihrer Meinung nach die Bedeutung des religiösen Faktors von der westlichen Politik im Hinblick auf die Länder des Nahen und Mittleren Ostens unterschätzt?

Ulrich Tilgner: Nein. Im Gegenteil, er wird überschätzt. Genau wie die Politiker im Abendland einen christlichen Hintergrund haben, so haben die Politiker im Orient einen islamischen Hintergrund. Zu Hause reden sie sehr viel über Religion und nutzen die Religion für ihre Politik. Aber wenn sie international auftreten, steht die Durchsetzung der Interessen im Vordergrund. Daran wird sich nichts ändern. Bei den großen Entscheidungen in den Vereinten Nationen oder anderen internationalen Konferenzen können Sie sehen, dass die islamische Welt es nicht geschafft hat, sich von Indonesien bis Marokko zu vereinheitlichen. Die Bedeutung der islamischen Konferenzorganisation, also dieser islamischen Staatengruppe, ist zurückgegangen. Jedes Land verfolgt seine eigenen Interessen und setzt sie in bilateralen Verhandlungen durch. Die Golfstaaten haben eigene Interessen, die nordafrikanischen Staaten haben andere. Es gibt keinen geballten islamischen Block, wie es auch keinen christlichen Block gibt. Russland, die USA und Europa sind im Grunde drei christliche Bevölkerungsgruppen. Aber sie sind politisch unterschiedlich. So ist es auch in der islamischen Welt.

conturen: Allein am Beispiel Syriens zeigt sich, wie viele verschiedene Gruppen und Bewegungen im arabischen Raum um Einfluss und Macht kämpfen. Welche Schwierigkeiten ergeben sich aufgrund dieser verschiedenen Interessenlagen für die Etablierung einer stabilen Ordnung in den jeweiligen Staaten?

Ulrich Tilgner: Es sind vor allem soziale Probleme, die im Vordergrund stehen. Die junge Generation übt Druck aus. Der Islam wird auch eine Legitimationskrise durchlaufen, weil er eine Lückenbüßerfunktion übernommen hat. Die Linken sind in der Region gescheitert. Die Nationalisten sind gescheitert. Am deutlichsten offenbarte sich dieses Scheitern bei der arabischen sozialistischen Baath-Partei. Alle Ansätze, einen Entwicklungsweg ohne Religion und ohne westliche Bevormundung zu gehen, sind gescheitert. Das zeigte sich in Ägypten, in Syrien und im Iran. Da-

**Uneinheitliche
arabische Welt**

**Der Druck der
Jungen**

**Spuren des
Scheiterns**

her wird auch die religiöse Bewegung, die dieses ideologische Vakuum jetzt nutzen konnte, Legitimationsprobleme entwickeln.

Langfristig wird es sehr schwer werden, weil die junge Generation als Träger des Modernisierungsprozesses abgehängt wurde. Die Arbeitslosigkeit unter der Jugend und unter den jungen Akademikern ist sehr hoch. Zugleich sind die jungen Menschen durch das Internet und die modernen Informationstechnologien gut informiert. Irgendwann werden sie nach der Macht greifen und diese Macht auch erringen. Im Gegensatz zu den europäischen Ländern sind das Staaten mit einem großen jungen Bevölkerungsanteil.

conturen: Und welches Gewicht kommt dem israelisch-palästinensischen Konflikt zu? Gelegentlich hat es ja den Anschein, als trete dieser Konflikt angesichts der dramatischen Vorgänge in Ägypten und Syrien in den Hintergrund.

Ulrich Tilgner: Der Konflikt ist bereits vor dreißig Jahren in den Hintergrund gerückt. Die Lösungsmöglichkeiten wurden vertan. Und aus eigener Kraft werden Israelis und Palästinenser sich auf absehbare Zeit nicht einigen können. Es gibt nur noch einen Weg und der wäre ein extrem starkes Eingreifen der internationalen Gemeinschaft, um an der Seite Israels einen palästinensischen Staat zu bilden. Eine solche Bemühung aber wird nicht unternommen. Die internationale Gemeinschaft kann sich nicht dazu durchringen, den palästinensischen Staat, den man durch den Teilungsbeschluss 1947 schaffen wollte, auch zu schaffen. Nicht nur in Europa ist man dieses Konfliktes überdrüssig, sondern auch in der islamischen und vor allem der arabischen Welt. Es gibt zwar Lippenbekenntnisse zur Unterstützung der Palästinenser, aber man möchte mit dem Konflikt nichts zu tun haben. Die Zeit, das Problem zu lösen, läuft aus. Es deuten sich jetzt schon Ansätze an, dass es so wird wie in Südafrika, dass es einen Staat geben wird. Ob der dann aber ein friedliches Zusammenleben von Juden und Palästinensern gewährleisten kann, bezweifle ich.

conturen: Wird es, unabhängig wie die Entwicklung in Syrien ausgeht, zu Kräfteverschiebungen im Nahen und Mittleren Osten kommen?

Ulrich Tilgner: Langfristig wird die Region von den reichen Staaten der arabischen Halbinsel beherrscht werden, die selbst aber immer größere Legitimationsprobleme entwickeln. Zur eigentli-

*Arbeitslose
Jugend*

*Israel - Palästina:
Der Konflikt
bleibt ungelöst*

*Reiche Staaten
werden
herrschen*

chen Veränderung wird es erst kommen, wenn diese Monarchien und Fürstentümer in der Golfregion zusammenbrechen. Wann das passiert, ist meiner Einschätzung nach gar nicht prognostizierbar. Aber diese Systeme kämpfen um ihr Überleben und noch sind sie in der Lage, von Marokko bis nach Syrien, ja bis in den Iran hinein die Politik zu beeinflussen.

Nochmals: Der Westen wird sich zurück ziehen

Der Westen wird sich aus der Region mehr und mehr verabschieden. Er braucht auch nicht aus seinen Fehlern zu lernen, sondern kann sich einfach zurückziehen. Das hängt damit zusammen, dass die Ölproduktion von allen Beteiligten – so unterschiedlich sie sein mögen – mit aller Kraft vorangetrieben wird. Sowohl die Regierung in Teheran, als auch das saudische Königshaus, als auch Assad wissen, dass man mit Energieexporten Devisen erwirtschaften kann. Auf diese Devisen sind alle Regime und Systeme in der Region angewiesen. Eine Zeit wie 1970, in der sogar ein Ölboycott verabschiedet wurde, wird es nie wieder geben. Der Weltmarkt wird mit Energie versorgt werden und damit erübrigt sich eine westliche Intervention.

Öldevisen

conturen: Worin bestehen die Fehler der europäischen Politik im Nahen und Mittleren Osten?

Ulrich Tilgner: Die Möglichkeit, eigenständige politische Ansätze in der Region zur Lösung der Konflikte zu präsentieren, ist nicht genutzt worden. Einen Höhepunkt des Dissenses zwischen den USA und Europa gab es im Vorfeld und während des Irak-Krieges. In Afghanistan aber war es anders. Diesen Krieg trug Europa durch die Nato mit. Auch der so genannte Krieg gegen den Terror wurde von Europa mitgetragen.

Europa folgte den USA

Die europäischen Staaten haben sich die amerikanische Art, Militäreinsätze durchzuführen, zu eigen gemacht. Die Umstrukturierung und die Professionalisierung der Streitkräfte sowie die Abschaffung der Wehrpflicht erfolgten ebenfalls nach amerikanischem Vorbild. Durch eine Wehrpflicht wäre die Bevölkerung in Militäreinsätze ganz anders involviert, als wenn eine Berufsarmee oder eine Armee von Zeitsoldaten in einen Kampf geschickt wird.

Vorbild Amerika

Überall sind die USA das große Vorbild. Damit hat Europa die Chance verspielt, in der Region als Partner für eine prowestliche, entmilitarisierte Entwicklung gesehen und gewählt zu werden. Dass Europa sich aus dieser westlichen Politik, die in den Konfliktherden des Mittleren Ostens geschlossen auftritt, wieder he-

rauslöst, dafür fehlt es an politischen Akteuren, die das wollen und auch können.

conturen: Wie sollte sich Europa gegenüber den Problemlagen der Länder im Nahen und Mittleren Osten verhalten?

Ulrich Tilgner: Extrem wichtig wäre es, dass Europa eine konsequente Position im israelisch-palästinensischen Konflikt einnimmt und auf die Schaffung eines lebensfähigen palästinensischen Staates drängt. Es kann nicht sein, dass Europa mit der PLO in Ramallah verhandelt, wenn es Probleme mit der Hamas gibt. Europa muss mit der Hamas und mit Israel verhandeln. In Syrien müsste es mit offensivem politischen Einsatz auf die Beendigung des Bürgerkrieges drängen, statt ihn zu verschweigen, wie dies derzeit geschieht. Über die Tragödie in Syrien wird zu wenig geredet.

Was Europa tun sollte

Und schließlich sollte Europa sich um einen Dialog mit dem Iran bemühen, in dem der Iran ernst genommen wird und man ihm nicht nur Vorschriften macht. Europa sollte sich einmal fragen, warum die Bevölkerung im Iran nach wie vor nicht revoltiert. Man sagt hier immer, die iranische Bevölkerung sei unzufrieden. Als es vor vier Jahren Wahlen gab und Millionen wählten, sprach man von Wahlbetrug. Zuvor hieß es, das sei eine autoritäre Herrschaft. Europa muss auf den Iran zugehen. Es darf sich nicht in diese Sanktionsfalle der USA hineinbegeben. Langfristig führt es nur zur Schaffung eines weiteren Katastrophenherdes, wenn ein Land wie der Iran implodiert, weil er so sanktionsgeschwächt ist.

Auf den Iran zugehen

conturen: Sind Sanktionen überhaupt ein geeignetes Mittel, um das Regime im Iran zu lenken?

Ulrich Tilgner: Die Sanktionspolitik führt zu einer Schwächung des Irans als politisches, wirtschaftliches und soziales Gebilde, aber nicht zu einer Schwächung des Regimes. Vor einem Jahr wurde die Meldung verbreitet, die Sanktionen im Iran würden jetzt greifen. Tatsächlich bewirkte dieses Greifen der Sanktionen einen völligen Wandel der iranischen Wirtschaft, der das Regime sogar noch festigte, weil es, unabhängig von ausländischem Einfluss, agieren konnte. Geschwächt wird durch die Sanktionen das politische System des Irans. Und wenn der Iran zu schwach ist, um eine neue Politik entwickeln zu können, es an Geld und Ressourcen fehlt und die Industrie zusammenbricht, kommt eine Entwicklung in Gang, die man im Westen überhaupt nicht be-

Sanktionen nützen nichts

denkt. Die Sanktionen werden nicht dazu führen, dass die Islamische Republik durch eine prowestliche Regierung ersetzt wird und sich eine neue produktive politische Atmosphäre entwickelt. Stattdessen wird das Land zusammenbrechen.

Es war ein großer Fehler der USA, zu meinen, ein sanktionsgeschwächter Irak eigne sich, um ein neues System aufzubauen. Das ist bis heute nicht gelungen trotz gewaltiger Öleinnahmen. Ähnlich wird es im Iran sein. Wenn jahrzehntelang gewachsene Strukturen im Bereich der sozialen Systeme, der Wirtschaft und der Politik unterminiert werden, kollabiert das System und ein neues ist nicht mehr zu errichten. Darum bin ich zunehmend ein Gegner von Sanktionen. Sie führen zu nichts. Das ist keine neue Theorie. Aber man kann sie immer besser beweisen.

conturen: Und wie beurteilen Sie die Rolle der deutschen Politik im Nahen und Mittleren Osten?

Ulrich Tilgner: Ich sehe keine eigenständige Politik Deutschlands, wie ich auch keine eigenständige europäische Politik sehe. Das wird gar nicht angestrebt. Die Politik im Nahen und Mittleren Osten und in Nordafrika erfolgt immer nur im Schatten der USA. Alle Versuche, eine eigenständige deutsche Politik in der Region zu entwickeln, wurden aufgegeben. Bundeskanzler Schröder unternahm zwar einen Versuch, konnte aber eine solche Politik nicht durchsetzen. Und die nachfolgende Regierung führte sie nicht weiter, sondern bewies wieder Bündnistreue gegenüber den USA. Aus meiner Sicht bestehen kaum Chancen, dass Deutschland diesen politischen Kurs verlässt.

Keine eigenständige Politik Europas in Nah- und Mittelost

conturen: Seit geraumer Zeit ist eine immer stärkere Beteiligung Deutschlands an den Kriegen im Nahen und Mittleren Osten und nun auch in Afrika zu beobachten. Die forciert betriebene Anschaffung der berüchtigten Killerdrohnen durch die Bundeswehr und deren offen kalkulierter Einsatz vervollständigen das Bild von einer gezielten deutschen Kriegsbereitschaft. Welche Auswirkungen wird diese Politik auf die öffentliche Meinung in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens und auch Afrikas gegenüber Deutschland haben?

Ulrich Tilgner: Das konnte man in Afghanistan beispielhaft sehen. Nachdem die AWACS-Flugzeuge geschickt worden waren, gab es einen Schwenk in der afghanischen Bevölkerung. Man billigte Deutschland keine Sonderrolle mehr zu, sondern betrachtete es

Deutsche Drohnen

als Teil der westlichen Staaten. Damit wurde es auch im Bündnis mit den USA gesehen. Das gilt mittlerweile für die gesamte Region und für Afrika, selbst wenn Deutschland niemals diese Art des bewaffneten Eingreifens wie die USA pflegen wird. Bisher sind bei der Bundeswehr nur Aufklärungsdrohnen im Einsatz. Kampfdrohnen anzuschaffen, wird überlegt. Das ist der übliche Weg. Erst wird dementiert und dann kommen sie doch.

Drohneinsätze werden in vielen Ländern durchgeführt. Obama will dem Senat jetzt Hintergrundinformationen über den Drohnenkrieg zur Verfügung stellen, um einen neuen CIA-Chef durchzusetzen. Nicht die demokratische Kontrolle zwingt ihn zu diesem Schritt, sondern er gibt Informationen preis, um taktische Ziele durchzusetzen. Mit den Drohnen erleben wir eine völlig neue Phase der Kriegführung. Die USA sind federführend und statt Kritik zu üben, eifern andere Staaten ihnen nach. In zwanzig Jahren wird die amerikanische Kriegführung automatisiert sein und dann entscheiden Computerprogramme über das Leben und den Tod von Menschen auf der Erde. Diese Entwicklung ist noch nicht erkannt worden und es bestehen daher keinerlei Bemühungen, sie aufzuhalten.

Deutschland wird sich immer zurückhalten. Es ist kein Zufall, dass im Jahr 2012 kein Bundeswehrangehöriger in Afghanistan getötet wurde. Das ist das Ziel der Politik. Die USA verhalten sich wesentlich offensiver. Sie führen Geheimeinsätze durch und wie viele Soldaten dabei umkommen, erfährt man nicht. Mal sind es Soldaten, in anderen Fällen werden CIA-Mitarbeiter als Soldaten ausgegeben. Diese Art der militanten Politik, sehe ich in Deutschland noch nicht. Aber die Art der Bewaffnung und das Bestreben, eine weltweit agierende Truppe zu schaffen, deuten darauf hin, dass man auch die Geheimintervention nutzt und die Öffentlichkeit immer weniger darüber weiß, was die Bundeswehr tut.

conturen: Werden westlichen Interventionen von der Bevölkerung vor Ort als Akte der Rekolonisierung aufgefasst?

Ulrich Tilgner: Sie werden nicht als Rekolonisierung aufgefasst, sondern als Schritte, die Welt zu dominieren. Der Einflussverlust der USA ist auch das Ergebnis der Tatsache, dass man die amerikanische Alleinherrschaft im Mittleren Osten nicht akzeptiert hat. Deshalb bevorzugen die USA heute eine indirekte Form der Einflussnahme. Künftig wird Außenpolitik immer mehr aus einer Kombination von Entwicklungshilfe, politischen Maßnahmen

*Krieg der
Computer-
programme*

US-Dominanz

und militärischem Eingreifen bestehen. Und das Ganze wird in verdeckter Form vor sich gehen, sodass man nicht mehr weiß, in welchen afrikanischen Staaten westliche Politik in welcher Form durchgesetzt wird. So wird es in den Staaten Afrikas und auch im Mittleren Osten immer mehr Menschen geben, die sagen, die da oben und die da außen kooperieren. Es ist nicht die Kolonialmacht USA oder ein Kolonialmachtgebilde Europa, vor dem sie sich fürchten, sondern sie fürchten sich davor, dass eine Politik verfolgt wird, die nicht den Interessen ihres Landes entspricht.

conturen: Sie zitieren in Ihrem Buch den Mitbegründer einer Front von sechs islamischen Parteien in Pakistan und Direktor eines Ausbildungszentrums für junge Taliban. Für ihn kann es nur Frieden geben, wenn sich die USA aus den Staaten der islamischen Welt zurückziehen. Solange die teuflischen Hände Amerikas in Afghanistan oder einem anderen islamischen Land am Werk seien, würden die Probleme dieser Länder nicht gelöst werden. Aber würden durch den Rückzug der USA und auch anderer westlicher Mächte aus den islamischen Ländern die Probleme dieser Länder tatsächlich gelöst werden?

Die „teuflischen Hände“ Amerikas

Ulrich Tilgner: Nein, sicher nicht. Das ist die Stimme eines Radikalen. Die sagen immer, das Übel liege darin begründet, dass Ausländer anwesend seien. Das ist natürlich ein Trugschluss. Das Übel liegt in den Problemen der Gesellschaft. Allerdings würde durch einen Rückzug der USA der Weg frei werden für eine politische Neuorientierung. In meinen Augen ist es kein Zufall, dass der Arabische Frühling erst nach dem Scheitern der westlichen Interventionen erfolgt ist und nachdem Obama im Mai 2009 von einer Demokratisierung der islamischen Welt sprach. Als nämlich die junge Generation sah, dass von einer Demokratisierung keine Rede sein konnte, entschloss sie sich, diese selbst durchzusetzen. Im Augenblick befinden wir uns in einer Zwischenperiode, in der die Radikalen noch rekrutieren können und die junge Generation noch nicht die Kraft hat, die politischen Verhältnisse in den einzelnen Systemen zu bestimmen. Langfristig aber wird sie sich von diesen Radikalen abkehren.

Wir sind in einer Zwischenperiode

conturen: Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien, jetzt Mali mit Ausläufern in weitere Länder Afrikas. Es scheint, dass sich die Spirale des Krieges oder kriegereischer Interventionen immer schneller bewegt und immer neue Gebiete erfasst. Wie wird es weitergehen?

Ulrich Tilgner: Die Kriege werden immer verdeckter geführt und haben immer kleinere Ausmaße. Vor drei Jahren waren in Afghanistan noch 140.000 bis 150.000 ausländische Soldaten im Einsatz. Im Irak waren vor fünf Jahren 150.000 Soldaten eingesetzt. Heute erfolgen solche Einsätze ganz anders. Betrieben wird eine indirekte und geheime Kriegführung. Sie erfasst immer größere Bereiche, weil die Idee, radikale Kräfte mit militärischem Einsatz zu schwächen, nicht greift. Im Gegenteil, Militärinterventionen rufen zusätzlichen Widerstand hervor. Das lehrt Afghanistan. Nachdem die Taliban geschlagen waren, verließen sie zu Fuß das Land. Jetzt kehren sie militärisch zurück. Diese radikalen Gruppen werden durch militärische Einsätze zunächst geschwächt und in andere Regionen gezwungen, die sie dann infiltrieren. Zum Beispiel sollen in Syrien viele der Kader, die im Irak gegen die USA gekämpft haben, aktiv im Kampf gegen Assad stehen. Die Waffen von Gaddafi wiederum sind in Mali und in Subsahara-Afrika im Einsatz.

Indirekte und geheime Kriege

Es hängt alles miteinander zusammen. Und wenn man in einen Konflikt eingreift, entsteht sofort ein weiterer und so vermehren sich diese Konflikte immer weiter. Der Kampf gegen den Terror führt zu einer Verbreiterung des Terrors. Es sind ja nicht die Bewohner Malis, die auf einmal Terroristen werden wollen, sondern es sind unzufriedene Populationen und Stämme sowie vernachlässigte Minderheiten, die irgendwo geschult wurden. Das begann in Afghanistan, ging dann über den Irak nach Somalia und bis nach Algerien. Und wenn man meint, durch bewaffnete Verfolgung, Luftangriffe und Drohneneinsätze diese Radikalen schlagen zu können, irrt man. Sie werden sich immer neue Wirkungsfelder suchen. Gerade in Afrika werden sie in den kommenden Jahren noch viele Gebiete für ihre Aktivitäten finden.

Der Kampf gegen den Terror verbreitet den Terror

conturen: Aktuell wird mit dem Ausbrechen von Unruhen auch in Jordanien gerechnet. Was wären denn die Folgen eines solchen neuen zusätzlichen Konfliktherdes für die Region?

Ulrich Tilgner: Noch sehe ich nicht, dass Jordanien destabilisiert wird, weil Saudi-Arabien sehr viel Geld einsetzen wird, um das zu verhindern und weil die jordanischen Eliten stark in die Monarchie eingebunden sind. In dem Land leben zwei Bevölkerungsgruppen, einmal die Beduinen der Wüste und zum anderen die Palästinenser, die von der anderen Seite des Jordans geflüchtet sind. Es gab Tendenzen, dass diese beiden Gruppen partiell

Jordanien's Zukunft

zusammenarbeiteten und einen Widerstand formierten. Aber ich betrachte das nicht als langfristige Perspektive.

Der jordanische König wird zunehmend Unterstützung von außen erhalten, von Israel, von Saudi-Arabien, von Russland und von den westlichen Staaten. Sie alle sind sich einig, in Jordanien alles beim Status quo zu belassen. Prekär wird es immer dann, wenn ausländische Staaten unterschiedliche Interessen haben und einzelne Bevölkerungsgruppen gegeneinander aufrüsten und aufhetzen. Diese Gefahr ergibt sich in Jordanien nicht.

conturen: Die Prognosen für den Orient seien weiter düster, heißt es bei Ihnen. Gilt diese Einschätzung auch für Afrika?

**Die Zukunft
Afrikas**

Ulrich Tilgner: Mittelfristig sind meine Prognosen auch für Afrika düster. Aber dass die afrikanischen Staaten zwangsläufig eine lange Periode des Horrors durchlaufen müssen, sehe ich nicht. Langfristig haben sie eine aussichtsreiche Zukunft. Im Mittleren Osten ist es nur eine Frage der Zeit, wann sich die politischen Strukturen ändern. Und in Afrika wird es ähnlich sein. Es gibt durchaus eigenständige Entwicklungen in Afrika wie zum Beispiel in einigen ostafrikanischen Staaten. Da kann man sehen, dass etwas in Gang kommt. Viel wird davon abhängen, was in Ägypten, in Ghana und in den westafrikanischen Staaten passiert.

**Der Westen sollte
sich nicht auf die
Seite merkwürdiger
Herrscher
schlagen**

Erleichterung würde es bringen, wenn der Westen das Bündnis mit der jungen Generation und den Trägern zukünftiger Modernität in diesen Ländern suchte, statt sich immer wieder auf die Seite von merkwürdigen Herrschern zu schlagen wie zum Beispiel dem saudischen König, dem jordanischen König, dem König von Marokko oder anderen autoritären Herrschern in Afrika. Der Westen muss klar machen, auf wessen Seite sein Herz schlägt. Kann er sich dazu nicht durchringen, wird er künftige Bündnispartner vor den Kopf stoßen und das Leben abzulehnender Regime verlängern.